



N i e d e r s c h r i f t

über die 12. öffentliche Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses in der Wahlperiode 2019/2023 am 16.03.2022

Sitzungsraum: Bremerhaven, Fischbahnhof
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 16:15 Uhr

Teilnehmer:innen:

Ausschussvorsitzender

Herr Oberbürgermeister Grantz

SPD

Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner

Herr Stadtverordneter Kurutlu

Frau Stadtverordnete Reimelt

Herr Stadtverordneter Viebrok

CDU

Frau Stadtverordnete Kargoscha

Frau Stadtverordnete von Twistern

Herr Stadtverordneter Ventzke

DIE GRÜNEN PP

Frau Stadtverordnete Fensak

Herr Stadtverordneter Kaminiaz

Vertreter

Frau Stadtverordnete Coordes

Frau Stadtverordnete Stephan-Titze

entschuldigt

BIW

Frau Stadtverordnete Tiedemann

DIE LINKE

Frau Stadtverordnete Schröder

FDP

Herr Stadtverordneter Freemann

AfD

Herr Stadtverordneter Jürgewitz

entschuldigt

Schriftführung

Herr Adomeit

Gast

Herr Stadtrat Parpart

Weitere Teilnehmer:

Von der Verwaltung:

Herr Magistratsdirektor Polansky
Frau Adomeit, Amt 11
Herr Raether Amt 14

Gesamtpersonalrat:

Personalrat Allgemeine Verwaltungsdienste:

Personalrat Feuerwehr:

Personalrat Ortschaftsbehörde:

Personalrat Soziales, Familie, Gesundheit und Sport:

Personalrat Schulen:

Frau Näth
Herr Rosenbohm
Herr Dreimann
Herr Wall
Frau Rinas
Herr Weichel

Herr Grantz begrüßt die Anwesenden. Für die heutige Sitzung sind folgende Mitglieder entschuldigt: Frau Stephan-Titze, die von Herrn Kaminiarz vertreten wird, und Herr Jürgewitz

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass die Einladung, die Tagesordnung und die Vorlagen fristgerecht versandt wurden. Er informiert darüber, dass es eine Änderung zur Tagesordnung gibt. Die Vorlagen Nr. 8/2022 „Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes für die Abteilung Haushalt und Schulbetrieb im Schulamt“ und Nr. 9/2022 „Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes für die Abteilung Personal- und Schülerangelegenheiten im Schulamt“ werden in der heutigen Sitzung nicht beraten und von der Tagesordnung genommen, da diese zunächst in dem zuständigen Fachausschuss beschlossen werden sollen, bevor sich der Personal- und Organisationsausschuss damit befasst.

Weiter teilt Herr Grantz mit, dass die Ausschussmitglieder am 15.03.2022 per E-Mail die Tischvorlage „Personalbedarfe im Zusammenhang mit der Aufnahme von Ukraine-Flüchtlingen in Bremerhaven“ erhalten haben. Er führt aus, dass sich bis jetzt ca. 700 Flüchtlinge aus der Ukraine in Bremerhaven aufhalten. Die Bundesregierung habe heute entschieden, dass die Flüchtlinge jetzt nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Bundesländer und Kommunen verteilt werden sollen. Für die Betreuung dieser Menschen werde in den verschiedenen Ämtern der Verwaltung dringend zusätzliches Personal benötigt, da das vorhandene Personal bereits durch die Bewältigung der Coronapandemie an seine Belastungsgrenze gestoßen sei. Im Rahmen der Fürsorge für seine Beschäftigten müsse der Magistrat jetzt handeln und zusätzliche Personal zur Bewältigung der Flüchtlingssituation einstellen. Herrn Grantz appelliert an die Ausschussmitglieder, sich wohlwollend mit der Vorlage auseinander zu setzen. Auch rechne er damit, dass die Kommunen finanziell entlastet würden. Da es zu der Tischvorlage noch Beratungsbedarf gäbe, schlägt der Ausschussvorsitzende vor, dass am 22.03.2022 um 16.30 Uhr eine Sondersitzung des Personal- und Organisationsausschusses stattfindet, um über die Tischvorlage zu beraten. Die Ausschussmitglieder stimmen der vorgeschlagenen Sondersitzung zu.

1. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

2. Genehmigung der Niederschrift

2.1. Genehmigung der Niederschrift der 11. öffentlichen Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses in der Wahlperiode 2019/2023 am 01.12.2021 **85/2021**

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung mit einer Enthaltung (Frau Kargoscha).

3. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV

3.1. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV **6/2022**

Diskussionsteilnehmer:innen: Frau Adomeit, Herr Grantz, Herr Polansky, Frau Tiedemann

Frau Tiedemann erkundigt sich, warum es zu der lfd. Nr. 6 noch keinen Magistratsbeschluss gebe. Herr Polansky erklärt, dass der Senat in der Sache erst vor drei Wochen einen Beschluss gefasst habe und der Magistratsbeschluss demnächst erfolge.

Zu den laufenden Nr. 2-4 und Nr. 16 konnte Frau Adomeit die Fragen von Frau Tiedemann nicht während der Sitzung beantworten und sagte zu, die Antworten zu Protokoll zu geben.

Fragen/Antworten für das Protokoll:

„Zu lfd. Nr. 2 bis 4: Wurden entsprechende Stellenplananträge gestellt?

Ja.

Nr. 2 = Stellenplanantrag D 2

Nr. 3 = Stellenplanantrag G 6

Nr. 4 = Stellenplanantrag H 5

Zu lfd. Nr. 16: Warum liegt noch keine Stellenbeschreibung vor?

Eine Stellenbeschreibung ist zwischenzeitlich erstellt (zeitliche Überschneidung zwischen Erstellung des Sachberichtes und des Sitzungstermins). Die Stelle konnte intern besetzt werden.“

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

Auszüge: I/1, Amt 11/2, Amt 11/3

4. Vorlagen/Vorträge

4.1. Sachstand Ausbau WLAN Bereich Allgemeine Verwaltung und Bereich Schulen sowie Sachstand Breitbandanbindung (Glasfaser oder Richtfunk) der Schulen **1/2022**

Diskussionsteilnehmer:innen: Frau Fensak, Herr Polansky

Frau Fensak stellt fest, dass laut der Vorlage von 19 Schulen 13 vollständig mit WLAN ausgebaut seien. In der Vorlage werden dann fünf Schulen aufgezählt, die bis zum Oktober über WLAN verfügen sollen. Damit verbleibe eine Schule, die danach noch nicht an das WLAN-Netz angeschlossen sei. Frau Fensak fragt, um welche Schule es sich handele. Herr Polansky teilt mit, dass er die Frage derzeit nicht beantworten könne und sagt zu, die Antwort zu Protokoll zu geben:

Antwort für das Protokoll:

„Bei der fehlenden Schule handelt es sich um die Surheider Schule. Diese wird bis zu den Osterferien mit WLAN ausgestattet sein.“

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt den Sachstand zum Ausbaustand des WLAN in den Bereichen Stadtverwaltung und Schulen sowie den Sachstand zur Breitbandanbindung der Schulen zur Kenntnis.

Auszüge: MK 5, Amt 40/5

- 4.2. Gründung einer öffentlich-öffentlichen Einkaufskooperation mit dem Einkaufs- und Vergabezentrum der Freien und Hansestadt Bremen bei Immobilien Bremen 2/2022**

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt von der Gründung einer öffentlich-öffentlichen Einkaufskooperation mit der Freien Hansestadt Bremen mit Wirkung zum 01.12.2021 Kenntnis.

Auszüge: Amt 11/1

- 4.3. Anerkennung von 3,0 überplanmäßigen Bedarfen zur Umsetzung der Grundsteuerreform für das Steueramt 3/2022**

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt mehrheitlich mit einer Enthaltung (Frau Tiedemann) vorbehaltlich des Beschlusses des Finanz- und Wirtschaftsausschusses – Bereich Finanzen die Anerkennung von 3,0 befristet überplanmäßigen Bedarfen:

- 2,0 Bedarfe für die Grundsteuer für den Zeitraum 01.07.2022 bis 28.02.2025 (1,0 Bedarf Entgeltgruppe 7 TVöD (Entgeltordnung/VKA), 1,0 Bedarf Entgeltgruppe 8 TVöD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung)
- 1,0 Bedarf für die Hochwasserschutzbeiträge für den Zeitraum 01.07.2022 bis 31.12.2024 (Entgeltgruppe 7 TVöD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung).

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7, Amt 22

- 4.4. Anerkennung eines 0,6 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes für die Abteilung Tarifrecht des Personalamtes für die Wahrnehmung von Aufgaben der Sachbearbeitung 4/2022**

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt einstimmig für die Abteilung Tarifrrecht des Personalamtes die Anerkennung eines 0,6 unbefristeten Bedarfes (Besoldungsgruppe A 11 BremBesO bzw. Entgeltgruppe 10 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) für die Wahrnehmung von Aufgaben der Sachbearbeitung.

Zum Stellenplan 2024/2025 wird ein entsprechender Stellenplanantrag gestellt.

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7

- 4.5. Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes für die Abteilung Statistik und Wahlen im Bürger- und Ordnungsamt 5/2022**

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt mehrheitlich mit einer Enthaltung (Frau Tiedemann), vorbehaltlich des Beschlusses des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, die Anerkennung eines unbefristeten überplanmäßigen 1,0 Bedarfes (Entgeltgruppe 9c TVöD (Entgeltordnung/VKA) bzw. Besoldungsgruppe A 10 BremBesO, vorbehaltlich Bewertung) für die Abteilung Statistik und Wahlen des Bürger- und Ordnungsamtes. Zum Stellenplan 2024/2025 ist ein entsprechender Stellenplanantrag zu stellen.

Auszüge: Amt 11/2, Amt 11/7, Amt 91

- 4.6. Tätigkeitsbericht der Antikorruptionsbeauftragten für das Jahr 2021 7/2022**

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt den in der Anlage beigefügten Tätigkeitsbericht der Antikorruptionsbeauftragten für das Jahr 2021 zur Kenntnis

Auszüge: I/6

- 4.7. Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes für die Abteilung Haushalt und Schulbetrieb im Schulamt 8/2022**

Die Vorlage wurde von der Tagesordnung genommen.

Auszüge: Amt 11/3, Amt 40

- 4.8. Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes für die Abteilung Personal- und Schülerangelegenheiten im Schulamt 9/2022**

Die Vorlage wurde von der Tagesordnung genommen.

Auszüge: Amt 11/3, Amt 40

- 4.9. Anerkennung eines 0,26 befristeten überplanmäßigen Bedarfes zur "Stärkung der kleinräumigen Angebote in den Stadtteilen im Bereich der Frühen Kindheit, der psychosozialen und gesundheitlichen Versorgung und Unterstützung von Kindern und ihren Familien" im Rahmen des Bremen-Fonds 10/2022**

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt einstimmig, vorbehaltlich des Beschlusses des Ausschusses für Jugend, Familie und Frauen und der Zusicherung der Drittmittelfinanzierung, für diese Unterstützungsangebote die Anerkennung eines bis

zum 31.12.2023 befristeten überplanmäßigen 0,26 Bedarfes (Entgeltgruppe 9 c TVöD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung).

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7, Amt 51

- 4.10. Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes für das Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik für die Programm- und Projektentwicklung im Bereich der Arbeitsmarktpolitik 11/2022**

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt einstimmig die Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes (Entgeltgruppe 13 TVöD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich einer Bewertung) für das Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik für die Programm- und Projektentwicklung. Die Besetzung des anerkannten Bedarfes erfolgt frühestens zum 01.01.2023.

Zum Stellenplan 2024/2025 ist ein entsprechender Stellenplanantrag zu stellen.

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7, Amt 83

- 4.11. Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes "Jugendparlament" für das Amt für Jugend, Familie und Frauen 12/2022**

Vorbehaltlich des Beschlusses des Ausschusses für Jugend, Familie und Frauen beschließt der Personal- und Organisationsausschuss einstimmig die Anerkennung eines unbefristeten überplanmäßigen 1,0 Bedarfes (Entgeltgruppe 10 TVöD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung) für die Abteilung „Jugendförderung“ des Amtes für Jugend, Familie und Frauen.

Zum Haushalt 2024/2025 wird ein entsprechender Stellenplanantrag gestellt.

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7, Amt 51

- 4.12. Anerkennung eines überplanmäßigen Bedarfes für Präventive Hausbesuche bei Senior:innen 13/2022**

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt einstimmig die Anerkennung eines 1,0 überplanmäßigen Bedarfes für das Sozialreferat (Entgeltgruppe S 11b TVöD (Entgeltordnung/VKA) vorbehaltlich Bewertung), befristet bis zum 31.12.2023.

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7, V/1

- 4.13. Anerkennung eines 1,0 überplanmäßigen Bedarfes für die Digitalisierung im Stadtarchiv 14/2022**

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt mit einer Gegenstimme (Frau Tiedemann), vorbehaltlich der Zustimmung des Ausschusses für Schule und Kultur – Bereich Kultur, die Anerkennung eines 1,0 unbefristeten Bedarfes (Entgeltgruppe 8 TVöD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung) für die Digitalisierung des Stadtarchivs.

Zum Stellenplan 2024/2025 ist ein entsprechender Stellenplanantrag zu stellen.

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7, Amt 41 A

4.14. Anerkennung eines 4,0 überplanmäßigen Bedarfes für Sozialbetreuer:innen im Sozialamt

15/2022

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt einstimmig die Anerkennung von 4,0 überplanmäßigen Bedarfen für das Sozialamt (Entgeltgruppe 7 TVöD (Entgeltordnung/VKA)), befristet für die Dauer von zwei Jahren ab Einstellung.

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7, Amt 50

5. Anträge

6. Anfragen

7. Mitteilungen

8. Verschiedenes

Melf Grantz
Oberbürgermeister

Adomeit
Schriftführer